

Der Stuttgarter Polizeipräsident Rudolf Klaiber und sein Verhältnis zur völkischen Bewegung und zur NSDAP bis 1933

Rudolf Klaiber (1873-1957) war von 1920 bis zu seiner Pensionierung im Mai 1938 Polizeichef des Landespolizeiamts und ab 1923 Stuttgarter Polizeipräsident. Nachfolgend soll seine Haltung gegenüber den Republikfeinden der völkisch-nationalen Szene und der NSDAP bis 1933 dargestellt werden.

Biografie

Rudolf Klaiber wurde 1873 in Künzelsau als Sohn des späteren Stadtdirektors Gustav Klaiber geboren. Seine Beamtenkarriere begann mit dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften. 1911 wurde er zum Oberamtsmann bei der Stadtdirektion Stuttgart und zum Stellvertreter des Stadtdirektors ernannt.¹ Schon bald galt Klaiber als Fachmann für innere Sicherheit, da er die nachrichtendienstliche Abwehrstelle in der Stadtdirektion leitete. Im Ersten Weltkrieg war er Leiter der militärischen Zentralpolizeistelle Württemberg. Ab 1920 übernahm er die Führung des Landespolizeiamts Württemberg und nach der Verstaatlichung der Polizei und der Gründung des Polizeipräsidiiums wurde er am 1. Januar 1923 Präsident des Polizeipräsidiiums Stuttgart und Leiter des Landeskriminalpolizeiamts.² Diese Führungsämter hatte Klaiber seit 1923 bruchlos bis zu seiner Pensionierung im Mai 1938 inne. In der NS-Zeit war er auf Reichsebene der Vertreter des Reichsführers SS und des Chefs der deutschen Polizei, Heinrich Himmler, in der großen Strafprozesskommission des Reichsjustizministeriums. Er starb 1957.

Klaibers Duldung von völkisch-antisemitischer und antirepublikanischer Agitation und den völkischen Organisationsstrukturen in den ersten Krisenjahren der Republik

Anfang der 1920er Jahre war für die völkische Szene in Württemberg ein ‚Eldorado‘ entstanden, was u. a. die Rückkehr eines der bekanntesten Agitatoren der frühen Weimarer Republik, Alfred Roth, nach Stuttgart im September 1923 ermöglichte, wo er als Landesführer der radikal-antisemitischen Vereinigten Vaterländischen Verbände die völkische Bewegung sammelte.³ Denn im Gegensatz zu allen anderen deutschen Staaten wurde die radikal-antisemitische Massenorganisation

¹ Schwäbischer Merkur vom 1.6.1938: „Polizeipräsident Rudolf Klaiber“. Die biografischen Informationen sind hieraus.

² Die Abteilungen II (Kriminalpolizei) und IV (Politische Polizei) des von Rudolf Klaiber geführten Polizeipräsidiiums Stuttgart hatten auch landesweite Zuständigkeiten.

³ Martin Ulmer: Antisemitismus in Stuttgart 1871-1933. Studien zum öffentlichen Diskurs und Alltag, Berlin 2011, S. 351 f.

Deutschvölkischer Schutz- und Trutz-Bund (DSTB) - nach dem Mord an dem jüdischen Außenminister Walther Rathenau im Juni 1922 durch Rechtsradikale - in Württemberg und Bayern nicht verboten.⁴ Ungehindert konnten der Verband und sein Ziehkind, die NSDAP, eine brutale Agitation entfalten, die 1923 in dem aufgeheizten Klima zu mehreren Übergriffen auf jüdische Bürger führte.⁵ Den Hintergrund dieser fatalen Entscheidung des Staates bildete die politische Lageeinschätzung des württembergischen Leiters des Landespolizeiamts Rudolf Klaiber von 1922 zum DSTB, wonach „die teilweise hetzerische Agitation sich nicht eigentlich gegen die Republik und die Regierung richtet, als vielmehr ausgesprochen rein völkischen Charakter hat“.⁶ Scharfe Judenhetze war nach Klaiber kein Verbotgrund und Innenminister Eugen Graf und sein Nachfolger Eugen Bolz folgten dieser Linie. So seien die Beschimpfungen der Juden durch Plakate nach Ansicht des Polizeipräsidenten nicht so schwer, dass sie von Amtswegen erfolgreich verfolgt werden könnten, und Bolz schloss sich in einer Sitzung der Landesregierung im Oktober 1923 über die zunehmende antisemitische Belästigungen durch Nationalsozialisten der Auffassung Klaibers an.⁷ Der einflussreiche Stuttgarter Polizeichef zeigte generell eine wohlwollende Haltung gegenüber der völkischen Szene und den Nationalsozialisten und erleichterte deren Treiben.⁸

Politische Einseitigkeiten gegenüber Republikfeinden

Rudolf Klaiber nahm vor allem die Bekämpfung der Kommunistischen Partei Deutschland (KPD) in den Blick, über die er 1924 auch eine Denkschrift verfasst hatte.⁹ Das Treiben der völkischen und nationalsozialistischen Szene in Stuttgart und Württemberg, das in den geheimen Polizeiberichten der unteren Polizeibeamten gut dokumentiert ist, wurde von der Polizeiführung toleriert, wie die offiziellen Jahresberichte der Stuttgarter Polizei von 1926 bis 1930 zeigen. 1926 wurde erwähnt, dass KPD-Leute für Propagandadelikte Haftstrafen erhalten hatten und NSDAP-Mitglieder bekamen für illegalen Waffenbesitz lediglich Geldstrafen.¹⁰ Im Berichtsjahr 1927 heißt es, dass staatsgefährdende Umtriebe nur von kommunistischer Seite ausgingen, während die völkisch-nationalen Verbände wie der Wiking-Bund, der Stahlhelmverband und die NSDAP ohne politische Bedeutung seien.¹¹ Im Jahresbericht 1928 wurden wieder nur Straftaten der KPD hervorgehoben, dagegen wurde dem Freispruch für NSDAP-Mitglieder vor Gericht breiten Raum in der

⁴ Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStAS): E 151/03, Nr. 571.

⁵ Ulmer 2011, S. 346 ff.

⁶ HStAS: E 151/03, Nr. 571: Schreiben des Württembergischen Landespolizeiamts vom 13.7.1922.

⁷ Ebenda: E 130 b, Nr. 3498, Bl.50 I.

⁸ Roland Müller: Stuttgart zur Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1988, S. 20.

⁹ Staatsarchiv Ludwigsburg (StAL): F 215, Nr. 640: Denkschrift des Polizeipräsidiiums Stuttgart vom 20.8.1924.

¹⁰ HStAS: E 130b, Nr. 1073, Polizeibericht 1926, S.44f.

¹¹ Ebenda: Polizeibericht 1927, S.57. Zur Bedeutung dieser Verbände und Parteien siehe Ulmer 2011, S.270 ff., 373 ff.

Berichterstattung eingeräumt.¹² Besonders eklatant ist der Jahresbericht 1929: Obwohl der geheime Bericht der württembergischen Polizei das starke Anwachsen der NS-Bewegung¹³ und der gewalttätigen Propaganda betonte, findet sich die NSDAP ausschließlich als Opfer der KPD-Attacken wieder.¹⁴ Die Gewaltagitatio n des Pfarrers Ludwig Münchmeyer, der in einer NSDAP-Versammlung im Februar 1929 in Stuttgart zum Mord an den Juden aufrief, findet dagegen keine Erwähnung.¹⁵ Während die Polizeiführung jede tatsächliche oder vermeintliche Straftat der KPD verfolgen ließ, ging sie gegen massive Judenhetze der NSDAP nicht vor. Auch 1930 gingen nach dem offiziellen Jahresbericht die politischen Schlägereien und Provokationen stets von der kommunistischer Seite aus und die Auftritte der NSDAP würden dagegen in geordneten Bahnen verlaufen.¹⁶ Lediglich die massive Störung des Theaterstücks „Schatten über Harlem“ im Oktober 1930 durch organisierte Nationalsozialisten findet vor allem wegen der Belästigung von Zuschauern Erwähnung.¹⁷ Der Tenor der von Klaiber verantworteten Polizeiberichte zwischen 1926 und 1930 lautet, dass die Gefahr, Gewalt und Provokation hauptsächlich von der KPD kommen würde. Dagegen würde von den Nationalsozialisten im Großen und Ganzen keine Gefahr und Bedrohung der öffentlichen Ordnung durch Straftaten und Agitation ausgehen, diese würden teilweise eher zu Opfern von kommunistischen Übergriffen.

Massive Vorwürfe der Demokraten und Dementis von Klaiber in der Endphase der Republik

Es kann angesichts dieser Polizeiberichte nicht überraschen, dass die Demokraten und dabei besonders die SPD, kein Vertrauen mehr in die demokratische Haltung des Polizeipräsidenten Klaiber hatten. Der SPD-Fraktionsvorsitzende und Landtagsabgeordnete Otto Adolf Steinmayer verwies im Landesparlament am 25. Februar 1931 auf das „unsichere Gefühl der Polizeimannschaften“ beim Durchgreifen gegenüber den Nationalsozialisten, weil man annahm, dass höhere Beamte und der Polizeipräsident kein Durchgreifen wünschten. Steinmayer führte in der Debatte weiter aus: „Aber wenn solche Dinge von Nationalsozialisten draußen kolportiert werden und wenn die Nationalsozialisten durch Bemerkungen den Polizeimannschaften gegenüber zum Ausdruck bringen, dass ihnen nichts passieren könne, dann ist das sehr bezeichnend für das

¹² Ebenda: Polizeibericht 1928, S.69f.

¹³ Staatsarchiv Bremen (StAB): 4,65 Nachrichtenstelle: Württembergischer Polizeibericht vom 20.2.1929, S.2.

¹⁴ Ebenda: Polizeibericht 1929, S.84f.

¹⁵ StAB: 4,65 Nachrichtenstelle: Württembergischer Polizeibericht vom 6.2.1929, S.3f. Dort heißt es u. a.: „Als er [Münchmeyer] auf einen Antrag der NSDAP im Reichstag, der die ‚Schächtereie‘ verbieten will, zu sprechen kam, bemerkte er, er schlage vor, daß sich ein Jude, und wenn dies nicht reiche zwei und wenn dies immer noch nicht reiche, alle Juden in Deutschland als Versuchsobjekte zur Verfügung stellen sollen, um festzustellen, ob das Schächten eine Grausamkeit sei oder nicht. Falls sich alle Juden dazu hergeben würden, wäre das der beste Weg zur Lösung der Judenfrage im Sinne der NSDAP.“ Die rund 600 Zuhörer brachen in Beifallsbekundungen aus, wie der Polizeibeobachter bestürzt schreibt.

¹⁶ HStAS: E 130b, Nr. 1073, Polizeibericht 1930, S.44f.

¹⁷ Ebenda. Zum Theaterskandal „Schatten über Harlem“ siehe auch Ulmer 2011, S.378 ff.

ganze System.“¹⁸

Ein weiterer Vorwurf der SPD bezog sich auf die Bildung eines nationalsozialistischen Lesezirkels in den Kreisen der oberen und mittleren Beamten bei der politischen Polizei am Dienort im Hotel Silber mit Wissen und Duldung des Polizeipräsidenten. Steinmayer bezog sich auf einen Zeitungsartikel der *Schwäbischen Tagwacht* vom 25. Februar 1931: „Nazi-Zellen bei der Polizei?“ Dort erscheint auch der Hinweis auf das offene Bekenntnis und die Agitation von einigen mittleren Polizeibeamten für die Hakenkreuzpartei.¹⁹ In der Aussprache betonte Steinmayer, dass die SPD Rudolf Klaiber nie für einen Republikaner gehalten habe. Die SPD befürchtete die nationalsozialistische Unterwanderung der württembergischen Polizei (u.a. durch die Bildung von NS-Betriebszellen) aufgrund der Duldung des Stuttgarter Polizeipräsidenten. Der Staatspräsident und Innenminister Eugen Bolz (Zentrum) hatte sich in der Landtagsdebatte schützend vor die Polizei und den Polizeipräsidenten gestellt. Die entschiedene Kritik der SPD, der sich Abgeordnete der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) anschlossen, richtete sich nicht gegen die gesamte württembergische Polizei, sondern gegen die Polizeiführung und einzelne mittlere und höhere Beamte. Zwei Tage später betonte der SPD-Abgeordnete Karl Oster im Landtag erneut, dass die unteren Polizeibeamten trotz ihrer Bereitschaft zur konsequenten Ahndung von nationalsozialistischen Straftaten von der Polizeileitung daran gehindert würden.²⁰

Unter öffentlichem Druck richtete der Polizeipräsident Klaiber am 7. März 1931 eine Verfügung an alle Polizeibeamten, in der eine „reine Pflichterfüllung ohne Ansehen der Person“ gegenüber dem „Ordnungsstörer“ gleich welcher Richtung eingefordert wurde. Er habe Vertrauen in die „unbestechliche Sachlichkeit“ seiner Beamten.²¹ Wenige Tage später schrieb Klaiber an Bolz zu den Vorwürfen der SPD über die nationalsozialistischen Umtriebe bei der Polizei, dass es sich lediglich um Einzelfälle handeln würde, die im Dienst nicht agitieren würden.²² Der Lesezirkel sei der offizielle Zeitungsrundlauf und nur ein mittlerer Beamter würde den *Völkischen Beobachter* beziehen, den er jedoch zum Lesen an Kollegen weitergeben würde. Diese ausweichenden Erklärungen von Klaiber schienen Bolz damals nicht zu beruhigen, denn er schrieb handschriftlich dazu: „Ich halte es für nötig, in einem Erlaß an die gesamte Polizei darauf hinzuweisen, daß jede politische Agitation im Dienst zu unterbleiben hat u. daß Zuwiderhandlungen disziplinar verfolgt werden.“²³

¹⁸ HStAS: E 151/03, Bü 1047, Bl.92.

¹⁹ HStAS: E 151/03, Bü 1047, Bl.82: Schwäbische Tagwacht vom 25.2.1931: „Nazi-Zellen bei der Polizei?“

²⁰ Ebenda, Bl.93, Rede in der Landtagssitzung am 27.2.1931.

²¹ Ebenda: Bl.87 zu 86.

²² Ebenda: Bl.84 mit 85.

²³ Ebenda.

Nach verschiedenen weiteren Vorfällen forderte die SPD im Juni 1931 einen Untersuchungsausschuss des Landtags zur Aufklärung von Verbindungen der Polizei zur NSDAP.²⁴ Sofort dementierte Klaiber in einem Schreiben an das Innenministerium wiederum die Vorwürfe der Demokraten.²⁵ Der Untersuchungsausschuss wurde im September 1931 eingerichtet und sollte die möglichen Verbindungen klären. Mit dem Ende der Legislaturperiode im Frühjahr 1932 wurde der Untersuchungsausschuss, der nur wenige Sitzungen tagen konnte, offiziell eingestellt.²⁶ So konnten die vielen Hinweise auf Verbindungen zwischen der Polizei und der NSDAP vor 1933 nicht ausreichend aufgeklärt werden.

Es dauerte jedoch nur kurze Zeit, bis weitere massive Zweifel an der Republik- und Verfassungstreue von Klaiber öffentlich laut wurden. So meldete am 11. Mai 1932 die *Schwäbische Tagwacht* unter Berufung auf den sozialdemokratischen Pressedienst Berlin, dass der Polizeipräsident bei der Bildung einer evangelischen Koalition in Württemberg von Deutschnationalen, Nationalsozialisten und Demokraten unter Ausschluss des Zentrums sogar als Staatspräsident und Innenminister vorgesehen sei. Diese mögliche Koalition bewertete die regionale SPD-Presse als erneuten Beweis, dass Klaiber für die Nationalsozialisten „eine sehr genehme Persönlichkeit“ sei und die oft kritisierten Vorgänge der politischen Einseitigkeit in der Polizeiführung wohl berechtigt seien.²⁷ Auf Nachfrage zeigte sich Klaiber gegenüber einer solchen Koalitionsoption ganz unwissend und meinte, dass mit ihm niemand darüber gesprochen hätte, obwohl der vielbeschäftigte Polizeipräsident als Zuschauer im Landtag bei den entscheidenden Verhandlungen zur Koalitionsbildung beobachtet wurde.²⁸

Rolle Klaibers bei der Gleichschaltung

Die Studie des Historikers Michael Ruck zur Beamtenschaft im deutschen Südwesten, die auch die Rolle der Spitzenbeamten bei der nationalsozialistischen Machtübernahme im März 1933 beleuchtet, kommt zu einem eindeutigen Ergebnis über Klaibers republikfeindliches Verhalten gegenüber der demokratischen Landesregierung Württemberg: „Parallel dazu mußten sich die bisherigen Akteure von der politischen Bühne verabschieden, massiv gedrängt von tonangebenden Spitzenbeamten wie dem Stuttgarter Polizeipräsidenten Dr. Rudolf Klaiber (1873-1957). Der legte dem Kabinett nach eigenem Zeugnis am 7. März ‚die Untragbarkeit einer längeren Hinausschiebung der neuen Regierungsbildung für die Polizei dar, wie ich das schon am Tag nach der Wahl dem Staatspräsidenten gegenüber getan hatte, unter Verweis darauf, daß nur durch rasche

²⁴ Ebenda: Bl.97: Schwäbische Tagwacht vom 12.6.1931: „Nazizellen bei der Polizei“

²⁵ Ebenda: Bl.100.

²⁶ Ebenda: Bl.127.

²⁷ HStAS: Q 1/50, Bü 11, Schwäbische Tagwacht vom 11.5.1932: „Staatspräsident Klaiber?“

²⁸ Ebenda: Schwäbische Tagwacht vom 12.5.1932 und 11.5.1932: „Staatspräsident Klaiber?“

Konsequenzziehung und Zurückstellung von Prestige- und Paragraphenhindernissen eine ruhige Überleitung und insbesondere eine Aufrechterhaltung der Autoritäten der Polizei gewährleistet sei.' Auch die von Klaiber befürwortete Hissung der Hakenkreuzfahne auf den öffentlichen Gebäuden ließ die republikanische Regierung auf Abruf geschehen.²⁹

Fazit

In der Beurteilung der Rolle Klaibers vor 1933 muss – nicht zuletzt vom heutigen demokratischen Standpunkt – klar die Frage beantwortet werden, welchen Aussagen man höheres Gewicht schenkt: Entweder den Verlautbarungen von Klaiber und der vereinzelt Kritik von Nationalsozialisten am Vorgehen der Polizei vor 1933 oder aber den massiven Vorwürfen der Sozialdemokraten an der fehlenden Republiktreue, die Klaiber ohne stichhaltige Widerlegungen stets nur dementierte. Ein Studium aller zugänglichen Quellen ab Beginn der 1920er Jahre spricht eindeutig gegen die angebliche neutrale und ausgewogene Rolle von Klaiber bei der Bekämpfung radikaler Republikfeinde, die reine Lippenbekenntnisse Klaibers waren. Durch Nichteingreifen und Hinnahme der massiven Agitation und der Straftaten der völkischen Szene und der NSDAP hat er seit 1922 zum Aufstieg der NSDAP beigetragen. Hätte der Polizeipräsident vor 1933 die völkische Szene und die NSDAP genauso verfolgt wie die KPD, wäre er 1933 gewiss - wie zahlreiche andere Beispiele von Berufsverboten für Polizeidirektoren aus Deutschland zeigen - abgesetzt worden. Die Nationalsozialisten bauten auf die große kriminalistische Sachkenntnis, auf seine Nähe zum Nationalsozialismus und die unbedingte Loyalität des Spitzenbeamten im nationalsozialistischen Gleichschaltungsprozess und bei der Zerschlagung der Arbeiterbewegung - wie im März 1933 bei der aktiven Rolle Klaibers zur Einrichtung des Konzentrationslagers Heuberg zu sehen ist.³⁰

Die Polizeiführung unter Rudolf Klaiber förderte in der Weimarer Republik die völkische Bewegung und die Nationalsozialisten durch die Tolerierung der menschenfeindlichen Agitation und der Übergriffe sowie das Nichtantasten der völkischen Organisationsstrukturen. Dagegen waren die KPD und die Linke in der Weimarer Republik und in der NS-Zeit der Hauptfeind. Die SPD und andere Demokraten zweifelten massiv an der Loyalität der Polizeiführung und der politischen Polizei zur Republik. 1933 beteiligte sich Klaiber aktiv an der nationalsozialistischen Machtübernahme und stellte den Polizeiapparat bereitwillig in den Dienst der neuen Machthaber. Er genoss beim Reichsführer der SS Heinrich Himmler soviel Vertrauen, dass er auch zum Vertreter der SS in der großen Strafrechtskommission der Reichsjustizministeriums berufen wurde.

²⁹ Michael Ruck: Korpsgeist und Staatsbewusstsein. Beamte im deutschen Südwesten 1928 bis 1972, München 1996, S.85f.

³⁰ Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hrsg.): Der Ort des Terrors: Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Band 2: Frühe Lager, Dachau, Emslandlager, München 2005, S.126 ff.